

Absender SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr. 120/2004
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
SPD-Fraktion	Rat 25.03.2004

Tagesordnungspunkt

Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2004 zur Teilnahme an der bundesweiten Initiative "Lokale Bündnisse für Familie"

Inhalt:

@->

Nach dem als Anlage beigefügten Antrag soll die Bürgermeisterin beauftragt werden,

1. Die Stadt Bergisch Gladbach nimmt an der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teil und initiiert ein „Bergisch Gladbacher Bündnis für Familien“.
2. Die Verwaltung entwickelt ein Konzept für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne. Dabei ist das Dienstleistungsangebot des Servicebüros der Initiative zu nutzen.
3. Ziel der Initiative ist die Erhöhung der Familienfreundlichkeit vor Ort durch das (Weiter-) Entwickeln familienfreundlicher Strukturen und Initiativen. Um dieses Ziel zu erreichen wird die Verwaltung ein breites Bündnis mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Schulen, Unternehmen, Gewerkschaften und weiteren gesellschaftlichen Akteuren initiieren und organisieren.

Stellungnahme der Bürgermeisterin:

Grundsätzlich ist die Intention des Antrags, dass ein „Bergisch Gladbacher Bündnis für Familien“ initiiert wird, begrüßenswert.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung - anhaltender Geburtenrückgang, Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung, Abwanderung von Menschen insbesondere der deutschen Mittelschichtsbevölkerung aus den Stadtregionen in den Ballungsrand - hängt die Zukunft der Kommunen davon ab, ob es erfolgreich gelingt, für Familien attraktiv zu sein.

„Lokale Bündnisse für Familien sind Kooperationen von Politik, Wirtschaft, Sozialverbänden und bürgerschaftlichem Engagement auf kommunaler Ebene. Ziel diese lokalen Bündnisse ist es, gemeinsam Verantwortung für Familienfreundlichkeit in Deutschland zu übernehmen und eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt möglich zu machen.“¹

In der Bundesrepublik Deutschland existieren zz. insgesamt 23 Bündnisse, in Nordrhein-Westfalen bestehen derzeit Bündnisse in den Städten Dortmund, Düsseldorf, Köln und Remscheid.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat ein Servicebüro in Berlin eingerichtet, das bis Ende 2006 kostenlose Beratung beim Aufbau von Bündnissen sowie Unterstützung laufender Arbeitsprozesse anbietet. Ein umfangreiches Online-Handbuch „Lokale Bündnisse für Familien“², das vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover im Auftrag des BMFSFJ erstellt wurde, kann im Internet als Arbeitshilfe abgerufen werden. Als mögliche Handlungsfelder eines Bündnisses für Familien wird dort genannt:

- Balance von Familie und Arbeitswelt
- Kinderbetreuung
- Stärkung der Familienkompetenz
- Familienfreundliches Wohnumfeld
- Gesundheitliche Förderung und Hilfen

Wie aus der Aufzählung ersichtlich, handelt es sich um eine Fülle von Handlungsfeldern und von Akteuren, die bereits jetzt in diesen Handlungsfeldern aktiv sind. Ein Bündnis für Familie kann also auf bestehende Kompetenzen und Strukturen zurückgreifen. Es geht darum, die bestehenden Ansätze unter einer gemeinsamen familienpolitischen Zielsetzung zu vernetzen bzw. zu verzahnen.

Um den Einstieg in die Thematik zu ermöglichen, schlägt die Bürgermeisterin folgendes Vorgehen vor:

Zunächst wird die Verwaltung die Arbeitsaufträge abarbeiten, die aus der Diskussion des Familienberichts „Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach - Daten und Angebote“ in den politischen Gremien resultieren (Auswertung der Expertenbefragung sowie ergänzende Daten und Informationen zum Familienbericht).

Parallel dazu wird der Fachbereich Jugend und Soziales federführend Informationen zu bestehenden Bündnissen und deren Konzeptionen einholen. Hierbei soll auch in Erfahrung gebracht werden, welche personellen und finanziellen Ressourcen dort zusätzlich für die Bündnisarbeit eingesetzt werden. Bei der Informationsbeschaffung wird auf die Unterstützung des Berliner Service-Büros zurückgegriffen.

Auf Grundlage dieser Informationen wird die Verwaltung ein Konzept zum Aufbau eines „Bergisch Gladbacher Bündnisses für Familie“ entwickeln, das dem Rat Ende diesen Jahres zur Beratung vorgelegt wird.

<-@

¹ Pressemitteilung von Bundesministerin Renate Schmidt vom 25.06.2003

² www.ies.uni-hannover.de/buefa1